

Wiesbaden (EK) – Mit einer großen Unterschriftenaktion wehrt sich die „Initiative künstliche Ernährung“ gegen Pläne des Bundesausschusses Ärzte und Krankenkassen (BÄK), die Verordnungsfähigkeit von Trink- und Sondennahrung einzuschränken.

Würde der derzeitige Entwurf des BÄK in Kraft treten, dürften niedergelassene Ärzte künftig baldestoffreiche, hochkalorische und Spezialnahrung nicht mehr zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verschreiben. Diese träfe Schwerst- und Chronischkranke, wie AIDS-, Krebs-, Dialyse- und Wachkomapatienten, betont Sven-David Müller, Vorsitzender des Vereins für gesunde Ernährung und Diätetik (VFED).

Die in der „Initiative künstliche Ernährung“ zusammengeschlossenen Selbsthilfeorganisationen lehnen die Anläufe des BÄK zur Ziffer 17.11 der Arzneimittelrichtlinien (AMR) aus medizinischen, wirtschaftlichen und ethischen Gründen ab. „Ohne eine bedarfsorientierte Sonden-

ernährung drohen den Patienten Dekubitus, Wundheilungsstörungen, Unterversorgung, Infekte und massive Verdauungsstörungen“, warnte Renate Schmid, die Gründerin der Initiative auf dem Wiesbadener Internistenkongress. Nach Meinung von Professor Helmut Mann vom Kuratorium für Dialyse entbehre der Entwurf „jedweden Sachverstandes.“

Sollten Spezialnahrungen wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit tatsächlich grundsätzlich nicht mehr erstattet werden, würden lebensbedrohliche Folgeerkrankungen, verminderte Lebensqualität und eine geringere Überlebenschance von derzeit über 100 000 Betroffenen in Deutschland in Kauf genommen.

Dabei sei die Situation der Angehörigen Betroffener bereits jetzt untragbar. „Viele leben von der Sozialhilfe, weil sie ihre Familienangehörigen zu Hause versorgen“, so Schmidt. Die bei der enteralen Ernährung vom BÄK erhofften Einsparungen von etwa 200 Mark im Monat könnten Mehraufwendungen, die das Einsparvolumen um

das Mehrfache übersteigen, nach sich ziehen.

Die „Standardnahrung“ genüge nämlich nur den Erfordernissen einer kleinen Gruppe von Patienten. Die durch eine unzureichende künstliche Ernährung notwendigen Krankenhaus- und Pflegeheimaufenthalte kämen dann wesentlich teurer.

VFED-Vorsitzender Müller ist sich sicher, dass der BÄK mit der geplanten Verordnungseinschränkung von Trink- und Sondennahrung erneut seine Kompetenzen überschreitet. Mit zwei ähnlichen Empfehlungen war der BÄK bereits im vergangenen Jahr vor den Oberlandesgerichten in Hamburg und München gescheitert. Die Experten der Initiative künstliche Ernährung appellieren an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Sachverständige Patientenverbände und Ärztegremien sollten zu den Empfehlungen des BÄK zur enteralen Ernährung gehört werden. Die zurzeit von der Deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin erarbeiteten Leitlinien sollten zudem berücksichtigt werden.

von Medikament & Meinung?

Viele Leser erhalten „Medikament & Meinung“, die Monatszeitung des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI), seit Jahren. Nun möchte der BPI gerne wissen, was Sie von diesem Blatt halten. Sagen Sie uns Ihre Meinung mit Hilfe eines Fragebogens, der dieser Ausgabe beiliegt. Der BPI möchte nämlich seine Informationsmedien noch besser den Bedürfnissen der Leser anpassen. Sie helfen ihm dadurch bei der Neuausrichtung seiner Publikationen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Fragebogen ausgefüllt an folgende Fax-Nummer übermitteln: 030/27 90 93 61. Oder schicken Sie ihn an: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin.

Berlin (tom) – Die diesjährige Hauptversammlung des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI) findet am 19. Juni 2001 in Berlin statt. Im Dorint-Hotel Schweizer Hof wird sie um 9.30 Uhr vom BPI-Vorsitzenden Dr. Bernd Wegener eröffnet.

Während der Veranstaltung, die sich im Wesentlichen um gesundheitspolitische Fragen drehen wird, wird der Journalistenpreis der vom BPI gegründeten Friedrich-Deich-Stiftung zu Förderung des Wissenschaftsjournalismus verliehen.

Bereits am 18. September abends ab 17 Uhr wird aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie ein Festakt ebenfalls im Schweizer Hof stattfinden. Den Festvortrag hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt übernommen, die über die Reformchancen des Gesundheitssystems referieren wird.

AUS DEM INHALT

Teilweise verfassungswidrig

Das Urteil der Karlsruher Verfassungsrichter zur Pflegeversicherung hat weitreichende Folgen. Betroffen sind auch Renten und Krankenversicherung. Seite 2

Kompromiss bei Festbeträgen

Bei den Arzneimittelfestbeträgen bleiben Bundesgesundheitsministerin Schmidt keine Alternativen, meint Lars-Broder Keil im „Standpunkt“. Seite 3

Zusammenarbeit

Die Europäische Union und die Weltgesundheitsorganisation WHO werden künftig ihre Zusammenarbeit weiter verstärken. Seite 4

Bessere Betreuung bei Rheuma

Mehr als 800 000 Menschen leiden in Deutschland an Rheuma. Die Betreuung durch einen spezialisierten Rheumatologen ist noch zu selten. Seite 7

Termine

Seite 8

Impressum

Seite 8

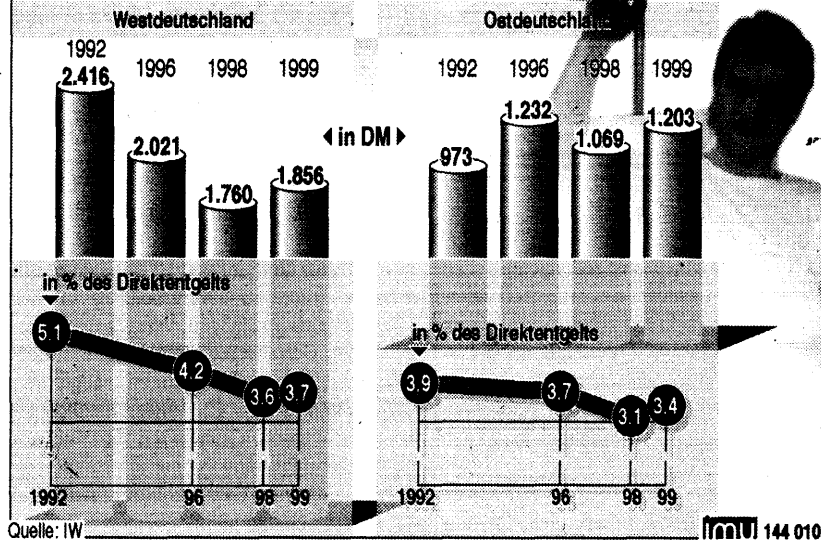
Runder Tisch tagte erstmals

Berlin – Die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen hat ausgedient. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat die im Sozialgesetzbuch verankerte Einrichtung, in der weit über 100 Vertreter aus allen Bereichen des Gesundheitswesens meist zweimal im Jahr zusammenkamen, durch einen weitaus schlankeren „Runden Tisch“ ersetzt. Die erste Sitzung fand am 7. Mai im Schloss Zietzen bei Berlin statt.

Eingeladen hatte die Ministerin insgesamt 24 Repräsentanten von Krankenkassen, Ärzten bis zu Versicherten, Patienten und pharmazeutischer Industrie. Um die Vertretung der Arzneimittelhersteller hatte es Gerangel gegeben. Zunächst war nur ein Platz vorgesehen, auf den der Verband Forschender Arzneimittelhersteller Anspruch erhob. Er wollte sich an dem Rotationsverfahren der vier Pharma-Verbände nicht beteiligen. Erst auf Drängen des BPI wurde ein weiterer Platz eingerichtet.

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

Das zahlen Arbeitgeber im Schnitt pro Beschäftigten und Jahr, Beispiel: Produzierendes Gewerbe



SECHS WOCHEN LANG zahlen die Arbeitgeber im Krankheitsfall einem Arbeitnehmer Lohn oder Gehalt weiter. Im westdeutschen Produzierenden Gewerbe waren dies im Jahresdurchschnitt 1856 Mark pro Beschäftigten. (IMU-Bildinfo)

0 04323E 001A019 0415839 00447
 ZENTRALBIBLIOTHEK
 DER MEDIZIN
 ZEITSCHRIFTENSTELLE
 JOSEPH-STELZMANN-STR. 9
 50931 KÖLN

Sitz geben Sie bei Korrespondenz mit dem Herausgeber, immer die vollständige
 Adresse an (postleerer Zahlenblock auf dem Adressblock), um das Zeitungsabonnement
 Postfach 11 82 62, 60037 Frankfurt/Postvermerk: D 6123 E, Entgelt bezahlt.